

# Platz abbeck

Nr. 2, März 2003

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

## Gastkommentar

*Es ist schon eine verkehrte Welt, die am Samstag, 15.3. hier in Köln deutlich wurde. Aber wo bleibt das im Grundgesetz verbriefte Recht auf Demonstration, wenn schon auf dem Weg zur Kundgebung in Chorweiler etwa 200 Jugendliche, ohne dass es zu irgendwelchen Gewalttaten gekommen ist, mit Tränengas und Knüppeln aus der Bahn herausgetrieben werden, stundenlang eingekesselt und schließlich zur „erkennungsdienstlichen Behandlung“ nach Brühl verfrachtet werden? Insgesamt wurden dort ca. 300 Personen kurzzeitig festgehalten. Die „Behandlung“ dauerte für viele bis zum späten Abend. Für sie also gab es an diesem Tag kein demokratisch legitimes Recht auf Demonstration.*

*Anders bei den Neonazis von Pro Köln und ihrem Anhang, der NPD nebst Kameradschaften. Zwar schafften es einige hundert Gegendemonstranten in Chorweiler, die Neonazis auf halbem Weg daran zu hindern, ihre rassistischen Phrasen durch ganz Chorweiler zu grölen, aber in Mülheim verhalf die Polizei dem Nazitross zu Recht und Ordnung. So konnten die Herren und Damen von Rouhs und Beisicht in aller Ruhe Stunden lang ihre Versammlung abhalten, den Ratsbeschluss zum Bau einer Moschee in volksverhetzender Weise verunglimpfen und alle 3 Strophen des „Deutschlandliedes“ absingen. Und schließlich erlaubte man ihnen sogar, die Frankfurter Straße, von zahlreichen Migrantinnen und Migranten bewohnt, bis zum Mülheimer Bahnhof entlang zu marschieren. Ein Spott und Hohn auf alle schönen Reden von Integration und europäischer Gesinnung.*

*Ausgerechnet denen wurden die Grundrechte gewährt, die sie aufzuheben trachten und verachten. Und denen, die dafür streiten, werden sie schon von vorne herein entzogen. Die Polizei muss sich die Frage gefallen lassen, auf welcher Seite sie steht! Ein kleiner Hoffnungsschimmer tat sich dennoch in Mülheim auf. Auch hier kesselte die Polizei die Demonstranten ein und wollte sie nach Brühl verfrachten. Sie ahnten aber nicht, dass in ihrer Mitte das PDS Ratsmitglied Jörg Detjen saß. Er erreichte durch ein Telefonat mit Herrn Granitzka, dass der Kessel aufgelöst wurde. Wenigstens ein Verantwortlicher bei der Polizei, der Einsicht zeigte.*

Michael Kellner, Sprecher der PDS Köln

[www.pds-koeln.de](http://www.pds-koeln.de)

## Unterstützt die Friedensbewegung

### Köln sollte sich der Cities-for-peace-Bewegung anschließen



Die PDS Offene Liste im Rat der Stadt Köln verurteilt den Angriff der Bush-Regierung auf den Irak. Eine friedliche Lösung des Konfliktes wäre möglich gewesen. Sogar in den USA gibt es eine breite Friedensbewegung. Zum Beispiel unterstützen über 162 Kommunen derzeit den Appell cities for peace. Darunter auch die Stadt New York City.

Der Rat der Stadt Köln sollte sich auch diesem Aufruf anschließen!

Bisher hat nur die SPD im Hauptausschuss ein solches Anliegen unterstützt. In den Bezirksvertretungen gibt es aber ähnliche Bestrebungen. So wie es zur Zeit aussieht, werden SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die PDS Offene Liste in der Bezirksvertretung Nippes einen

mehrheitlichen Beschluss in diese Richtung fassen. SPD und Grüne haben dem PDS Bezirksvertreter Michael Weisenstein ihre Unterstützung signalisiert. Für die Ratssitzung am Donnerstag wird Oberbürgermeister Schramma eine Resolution einbringen. Sie soll parteiübergreifend ohne Streit verabschiedet werden. Ein derartiger „Friedensappell“, auch wenn er etwas allgemein ist, macht Sinn. Gerade in Köln leben viele Men-

schen aus dem Nahen Osten und der Türkei. Und gerade für diese Menschen ist der Krieg besonders bedrückend. Ihnen gilt auch unsere Solidarität.

Die PDS Ratsgruppe unterstützt die Demonstrationen der Friedensbewegung in dieser Stadt. Internationaler Protest und Widerstand sind weiterhin wichtig, um der Arroganz des Bush-Regimes zu begegnen und dafür zu sorgen, dass der Krieg nicht zu einem Massaker eskaliert.

Deshalb unterstützen wir auch den aktuellen Appell von cities for peace:

**„Unterstützt unsere Truppen: Holt sie heim!“**

Sengül Senol, Jörg Detjen



## Haushalt Protestbriefe der Betroffenen an den Rat

Aufgrund der Haushaltskürzungsvorschläge im Sozialbereich haben sich betroffene Einrichtungen an die Politik gewandt. Um die brisante Situation unseren Leserinnen und Lesern näher zu bringen, dokumentieren wir Ausschnitte aus Briefen an die Ratsgruppe der PDS-Offene Liste.

### StadtSportBund Köln (14.1.)

„Über 90 Vereine beispielsweise nutzen und pflegen Sportanlagen, die sich in städtischem Besitz befinden ... Die städtische Jugendbeihilfe unterstützt die Jugendarbeit für über 60.000 Kinder und Jugendliche in Kölner Sportvereinen. Kürzungen dieser Beihilfe gefährden diese wichtige, soziale und gemeinwohlorientierte Arbeit unserer Vereine.“

### Öffentlichkeit gegen Gewalt (6.3.)

„ÖgG ist seit 10 Jahren sehr erfolgreich in den Bereichen Antidiskriminierung und gleichberechtigtes, friedliches Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen tätig. Auszahlung der im Juli 2002 vom Rat der Stadt bewilligten Fördermittel ist bis zum 6.3.2003 nicht eingetroffen.“



### Arbeitskreis der interkulturellen Zentren in der Stadt Köln (26.2.)

„Die Kölner Interkulturellen Zentren sehen ihre weitgehend ehrenamtliche Arbeit dadurch gefährdet, dass ab sofort keinerlei Zahlung erfolgen soll ... Einige Zentren stehen vor der kurzfristigen Schließung. Auch die Zentren der großen Träger gehen von einem erheblichen Verlust der Drittmittel für ihre Zentren infolge des kurzfristigen Zahlungsausfalls aus ... Selbst wenn es offenbar Stimmen gibt, die sich für eine vollständige Streichung der Interkulturellen Arbeit in Köln einsetzen, wird sich die Aufgabe der Integration von 20% der Kölner Bevölkerung auch in Zukunft stellen.“

### Evangelische Jugend in Köln und Umgebung (7.3.)

„Der Jugendausschuss des Evangelischen Stadtkirchenverbandes hat in seiner letzten Sitzung über die zu erwartenden Folgen bei der geplanten drastischen Reduzierung der Zuschüsse an die Jugendverbände beraten und wegen der befürchteten Kürzungen rückwirkend ab 1. Januar eine vorläufige Kürzungsquote auf 50% beschlossen.“

■ 50% Kürzung bei Jugendzuschüssen: Kölner Kinder- und Jugendarbeit halbiert  
■ 50% weniger Möglichkeiten für die Kinder und Jugendarbeit

■ Geringere Zuschüsse für Freizeiten und Bildungsmaßnahmen, höhere Eigenanteile

# Sozialbericht fortschreiben!

Die PDS-Offene Liste stellt erneut einen Antrag für die Fortschreibung des Sozialberichtes. Am 12. Juni 2001 wurde der Antrag der PDS-Offenen Liste mit den Stimmen der damaligen Mehrheitsfraktionen CDU und FDP abgelehnt, die Grünen befürworteten das Anliegen.

Die Kluft zwischen Reich und Arm nimmt in Deutschland weiter zu. Im Jahre 1973 gab es 217.000 Vermögensmillionäre, im Jahre 1998, also dem Jahr des Berichtes der Bundesregierung, gab es 1,5 Millionen Vermögensmillionäre in Deutschland.

Im Armutsbericht der Bundesregierung 1998 wurde festgehalten, dass nur 10 % der deutschen Haushalte 42% des Privatvermögens besitzen. Demgegenüber besitzen 50% der Haushalte lediglich 4,5% des Privatvermögens.

In Köln trifft eine sprunghaft steigende Arbeitslosigkeit – besonders von Personen mit geringerer Qualifikation und unterdurchschnittlichem Einkommen – auf einen Wohnungsmarkt mit weiter steigenden Mieten. Noch im letzten Kölner Sozialbericht wurde festgestellt, dass im Jahre 1995 16,5% der Bevölkerung über ein Einkommen von unter 1400 DM und weitere 6,3 Prozent über weniger als 1800 DM verfügten. Über 70.000 Kölner und Kölnerinnen, 7,3 Prozent der Bevölkerung, bezogen 1997 Sozialhilfe, bei Jugendlichen unter 18 sogar fast 15 Prozent. Davon waren Frauen mit 8 Prozent und Migrantinnen und Migrantinnen mit 11,2 Prozent überdurchschnittlich betroffen.

Gleichzeitig verfügten im gleichen Jahr 18.024 Kölnerinnen und Kölner – weniger als drei Prozent der Bevölkerung – zusammen über ein Vermögen von 16 Milliarden DM.

le der TeilnehmerInnen: wer das nicht hat, bleibt zuhause, besonders da, wo es besonders nötig wäre.

■ geringere Zuschüsse für Mitarbeiter-schulungen, weniger Ehrenamtler können für die Jugendarbeit ausgebildet werden.“

### Gemeinsam gegen Männergewalt an Frauen, Kölner Aktionsbündnis zum 25.11. ( 28. 2.)

„Wir möchten Sie dringend bitten, die Arbeit des Amtes zur Gleichstellung von Frauen und Männern weiterhin aktiv zu fördern, die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen weiter zu verbessern und auf jegliche Beschneidung und Kürzung in diesem empfindlichen Bereich zu verzichten. Gerade auch zur Umsetzung des Konzeptes des „Gender Mainstreaming“ braucht Köln ein spezifisches Amt.“

### Bürgerzentrum Ehrenfeld (4.3.)

„In der Konsequenz bedeutet dies z.B.

Daher ist die Fortschreibung des Sozialberichtes für Köln eine Notwendigkeit, um solche Ungleichgewichte in der Verteilung zwischen Arm und Reich besser bekämpfen zu können. Damit soll Druck aufgebaut werden, um die sozialen Defizite in Köln, wie Kinderarmut, Obdachlosigkeit und Drogenkonsum, stärker eindämmen zu können.

In dem Antrag der PDS-Offene Liste wird die Verwaltung aufgefordert, im Abstand von zwei Jahren einen Kölner Sozialbericht auf der Grundlage kleinräumiger Daten zu veröffentlichen. Um Aussagen hinsichtlich der Einkommenssituation machen zu können, sollen die im Rahmen des Mikrozensus erhobenen Daten in den Bericht einfließen. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, ein bezirksbezogenes Berichtssystem zu entwickeln, das stärker standardisiert ist als die bisher veröffentlichten Modellberichte zu Stadtbezirk 5 (Nippes) und Stadtbezirk 9 (Mülheim), um bessere Vergleichsmöglichkeiten zu gewährleisten.

In Abstimmung mit den Fachausschüssen des Rates sollen ggf. aus aktuellem Anlass und in angemessener Weise themenspezifische Teilberichte veröffentlicht werden.

Darüber hinaus ist für den Prozess der Erstellung einer so strukturierten Sozialberichterstattung die Sozialpolitische Fachkonferenz wieder zu beleben und deren Akteure in Form von gemeinsamen Konferenzen und Treffen einzubeziehen. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, einen jährlichen Armuts- und Reichtumsbericht zu veröffentlichen, dem die Armutsdefinition der EU-Kommission zu Grunde liegen.

Sengül Senol

auch, dass ab Mai 30 Schulkinder nicht mehr betreut werden können. Die Betreuung der 20 Kinder unter 3 Jahren kann auch nicht mehr erfolgen. Das führt natürlich zu massiven Problemen für die Eltern. Wir Träger von sozialen Einrichtungen fordern einen planvollen und vertragsgerechten Umgang und bitten Sie daher, sich aktiv für den Erhalt der Bürgerzentren einzusetzen.“

### Elternrat der KiTA Odenwaldstr. in Köln-Gremberg an OB-Schramma:

„Mit großer Bestürzung und Unverständnis haben wir als Eltern von Kindern im Kindergarten- und Grundschulalter vernommen, dass die Stadt Köln einen Personaleinstellungsstopp beschlossen hat ... Da Sie sich im Wahlkampf für die Familien- und Bildungspolitik ausgesprochen haben, bitten wir Sie, sich nochmals an Ihr Versprechen zu erinnern – auch hinsichtlich der Pisa-Studie“

### ■ Nippes

## Gürtelgegner beraten über weiteres Vorgehen

Über 300 Gürtelgegner berieten kürzlich über das weitere Vorgehen im Kampf gegen den Gürtelausbau. Bei der Veranstaltung im neuen Saal des Bürgerzentrums Nippes gab es neben den harten Fakten auch ein kleines Kulturprogramm, bei welchem Gigi Herr und Heinrich Pachel für die politisch korrekte Unterhaltung sorgten. Fast 100 Einwendungen waren zum Zeitpunkt der Veranstaltung bei der Stadt beziehungsweise bei der Bezirksregierung abgegeben worden.

Unverständnis äußerten die Gürtelgegner über die Fortführung des Planfeststellungsverfahrens, hat die neue Koalition aus CDU und Grünen doch in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, die Planungen auf Eis zu legen. Die vorgebrachten Argumente sind zum großen Teil bekannt (mehr Autos, mehr Lärm, mehr Dreck, Zerstörung von Grünanlagen). In der Diskussion wurde aber auch ein neues Argument diskutiert. Bei der Grünanlage Nippeser Tälchen, die von der Bebauung tangiert wird, handelt es sich um einen Arm des Altrheines. Auch deshalb ist zu prüfen, ob der Ausbau des Gürtels nicht dem Hochwasserschutz entgegensteht.

Viele derer, die heute aktiv im Kampf gegen den Gürtelausbau sind, waren auch schon in der „Nippeser Baggerwehr“ tätig, die vor über zwanzig Jahren die Stadtautobahn durch Nippes erfolgreich verhindert hat. Die 300 Anwesenden waren sich einig, den Erfolg von damals wiederholen zu wollen. Das Gebiet, welches damals als Autobahn vorgesehen war, ist heute eine der größeren Grünanlagen im

Stadtteil. Dort spielen Kinder, ein Bolzplatz ist entstanden. Familien verbringen den Sonntag im Grünen. Die Gürtelgegner wünschen sich die gleiche Verwendung für das Gebiet der Gürteltrasse, welches seit mehreren Jahrzehnten unansehnlich als Brachfläche vergammelt.

Michael Weisenstein

### ■ Ehrenfeld

## Nahversorgung soll gesichert werden

Durch die Annahme des von der Verwaltung vorgelegten Nahversorgungskonzeptes versprechen sich auch die Bezirksvertreter im Bezirk 4 eine verbesserte Kontrolle der Ansiedlung von Geschäften zur Grundversorgung der Bevölkerung in den Wohnvierteln. Vor allem sollen Discunterstandorte gezielt angesiedelt werden und nicht zu Lasten der bürgernahen Einzelhändler in Randgebiete abgedrängt werden. Unterversorgte Bereiche, wie die wachsenden Neubaugebiete in Ossendorf oder Vogelsang, sollen verstärkt als Standorte für Geschäftsansiedlungen vorgeschlagen werden.

Helga Humbach

### ■ Ehrenfeld

## Bürgerservice nicht ausdünnen

In ihrer Februarsitzung wandten sich die Bezirksvertreter entschieden gegen angelegte Pläne zur Zusammenlegung von Stadtbezirken. In dem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Grünen heißt es: „Die Bezirksvertretung Ehrenfeld musste mit Verwunderung Presseberichte zur Kenntnis nehmen, in welchen davon die

Rede ist, dass die Stadtspitze in Erwägung zieht, verschiedene Stadtbezirke aus Kostengründen zusammenzulegen. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld fordert den Rat der Stadt auf, solche Pläne nicht weiter zu verfolgen.

In der Begründung wird darauf verwiesen, dass die seit 1975 geltende Einteilung in Stadtbezirke sich bewährt und zu gewachsenen Strukturen geführt hat. Vor allem ermögliche sie bürgernahe Serviceleistungen und die Beteiligung der Bürger am Gemeinwesen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Helga Humbach

### ■ Ehrenfeld

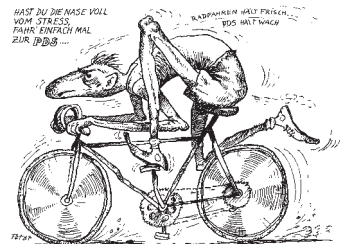
## Neue Veloroute soll Radfahren sicherer machen

Durch die Marienstraße soll die neue „Veloroute 17“ führen – parallel zu den Hauptverkehrsstraßen und nach Meinung der Verwaltung und auch des ADFC sicherer für Radler als Radwege auf Subbelrather oder Venloer Straße.

Die Velorouten, die nach und nach zu einem ganzen Netz ausgebaut werden sollen, sind durchgehende Hauptverbindungen des Radverkehrsnetzes und sollen den Radverkehr über mittlere und weite Distanzen attraktiv, wirkungsvoll und somit auch sicherer machen. Sie sind geplant als Verbindungswege zwischen den Außenbezirken und dem Zentrum, als Verbindungswege zwischen den einzelnen Stadtteilen und zu benachbarten Städten und Gemeinden.

Auf lange Sicht sollen die Velorouten nicht nur von Freizeitradlern benutzt werden, sondern gerade dem Alltagsverkehr eine umweltfreundliche Alternative bieten.

Helga Humbach

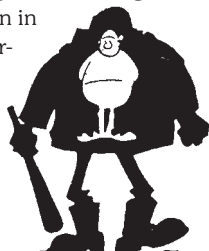


## Märkte werden nicht verscherbelt

„Mit großer Freude“ hat die IG Kölner Wochenmärkte der Presse entnommen, dass die Wochenmärkte nicht privatisiert werden. Geplant war ab 1. April ein Pilotprojekt, in dem zunächst sechs Wochenmärkte privaten Betreibern überlassen werden sollten. Die Verwaltung teilte jedoch mit, dass kein Bewerber die vom Rat beschlossenen Konzessionsbedingungen erfüllt.

Die Kölner Marktkaufleute, die nicht alle organisiert sind, hatten mit einer Unterschriftensammlung gegen die geplante Privatisierung protestiert. Nach ihrer Auffassung müssen Vergabe und Ordnungs- sowie Überwachungsfunktionen in öffentlicher Verantwortung bleiben. Die Erklärung der Interessengemeinschaft schließt mit den Worten. „Die Kölner Marktkaufleute freuen sich auf eine langfristige, effiziente und transparente Zusammenarbeit mit der Verwaltung der Stadt Köln.“

Red



## Kulturhauptstadt Europas – nein danke!

Ein entschiedenes „Nein“ sagt die PDS-Ratsgruppe zur Absicht, Köln als „Kulturhauptstadt Europas 2010“ auszurufen. Für diese Selbstinszenierung werden mehr als 60 Mio. € benötigt. Sie können nur auf Pump beschafft werden. Das Kreditlimit von jährlich etwa 62 Mio. € ist aber ausgereizt. Die Kulturszene darbt unter den dramatischen Einsparungen, die man ihr zumutet.

Die blanke großkotzige Selbstdarstellungssucht, die sich nur am Superlativ orientiert, passt zum Erscheinungsbild der temporär führenden Mehrheitsgestalter in Rat und Verwaltung. Hand aufs Herz: Köln ist schon längst eine europäische Kultur-„Hauptstadt“. An dieser nicht zur Schau gestellten Wirklichkeit sollten sich die Kulturvermarkter orientieren. Die Kölner Kulturschaffenden leben ihnen das kreativ vor. EG-Brüssel, sicher auch eine der vielen europäischen Kultur-„Hauptstädte“, sollte von sich aus einer europäischen Stadt den Titel „Kulturhauptstadt in Europa“ verleihen und sie zweckgebunden mit einem Geldpreis ausloben.

Wolfgang Breuer

Das ist auf der einen Seite der „gläserne“ Steuerzahler, dem Monat für Monat die Lohnsteuer mit den Sozialabgaben vom Arbeitgeber einbehalten und an das Finanzamt und die Sozialversicherungsträger abgeführt werden, und da ist auf der anderen Seite der Holding-Konzern, der dem Fiskus seine Steuer aus den wuchernden Gewinnen vorenthält, sie zu verkürzen oder zu hinterziehen sucht oder sich allenfalls auf pauschalierte Vorauszahlungen einlässt.

Den Gemeinden werden Jahr für Jahr beträchtliche Steuerbeträge vorenthalten. Sie fehlen im Steuersäckel. Ein Blick auf die Gewerbesteuereinnahmen Kölns der Jahre 1994 bis 2003 lässt erahnen, wie sehr die städtische Steuerquelle eingetrocknet worden ist: waren es 1994 immerhin 846 Mio. DM, 1995 941 Mio., 1996 987 Mio., 1997 1,048 Mrd., 1998 990 Mio., 1999 983 Mio., 2000 1,040 Mrd. DM, 2002 417 Mio. €, so werden 2003 nur noch 416 Mio. € zu erwarten sein. Hinter diesen Zahlen hängt nicht allein das Konjunkturbarometer der kölnischen Wirtschaft, auch nicht die aktuellen Bestrebungen zur Gemeindefinanzreform, so wie sie am 28.2.03 durch die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände formuliert worden sind.

### Betriebsprüfungen – nur alle 25 Jahre ein Treffer

In Köln erwirtschaften rund 44.000 (präzise: 43.880 in 2001) steuerpflichtige Unternehmen einen versteuerbaren Umsatz von 97, 425 104 Mrd. € (2001); nicht einge-

## Schließung von VHS-Geschäftsstellen in Köln

Es ist verständlich, dass die Stadt Köln sparen muss – wer kann diese Tatsache leugnen? Die Frage ist aber, an welcher Stelle gespart wird. Gegen Kürzungen von oben nach unten ist nichts einzuwenden. Die PDS wehrt sich aber entschieden gegen eine Kürzung von unten nach oben. Im Bund fängt man bei der Kürzung des Arbeitslosengeldes an. Und in Köln sind es keine Großprojekte, bei denen gespart werden soll, sondern ins Gespräch werden u.a. die Bürgerzentren, Jugendzentren und Volkshochschulen gebracht. Ausgerechnet Stadtteile wie Ehrenfeld und Kalk, sollen auf Einrichtungen verzichten, die erschwingliche Bildung für das Volk anbieten. Wir wehren sich gegen die zunehmende Reduktion der Gesellschaft auf Märkte, in denen das kulturelle Leben durch eine profitorientierte Kultur-, Medien- und Freizeitindustrie dominiert wird. Dass sich unsere Weiterbildungsangebote an den Erfordernissen der Wirtschaft ausrichten sollten, ist eine Auffassung, die die PDS ganz und gar nicht teilt. *Michael Kellner, bildungspolitischer Sprecher*

## Köln – Oase der Steuerunseligen Steuerhinterziehung zum Nachteil Colonia

schlossen die Betriebe unter 16.617 € Umsatz. Andere Gewerbetreibende wie die Land- und Forstwirtschaft – in Köln nur noch als Relikte betrieben – und die Freiberufler wie etwa Ärzte und Rechtsanwälte zahlen (noch immer) keine Gewerbesteuern, obwohl ihre Leistungsumsätze deutlich über der Steuergrenze von 16.617 € liegen, sicher erst recht ihre dem Grunde nach versteuerbaren Profite.

Lediglich vier vom Hundert (4%) der rund 1,2 Mio. Gewerbebetriebe in NRW sind 2002 durch Betriebsprüfungen der Finanzämter auf ihre Steuerehrlichkeit hin überprüft worden, die dabei aufgedeckten Fälschungen und Vertuschungen erbrachten allein ein Mehrergebnis von vier Mrd. €. Statistisch gesehen sieht der Gewerbetreibende die amtliche Buchhalterin nur alle 25 Jahre in seinen Büchern schnüffeln. Auf die etwa 44.000 Kölner Gewerbetreibende übertragen bedeutet dies also, dass nur jeder 25-ste Betrieb, mithin lediglich 1.760 Unternehmen, von den Betriebsprüfern aufgesucht und Steuerverkürzungen aufgedeckt werden konnten. In den Kölner Finanzämtern Alt (14), Mitte (19,7), Porz (13,5), Nord (22,9), Ost (14), Süd (19) und West (19,2) sind insgesamt 122,3 Amtsbetriebsprüfer voll- und teilzeitbeschäftigt den Steuerhinterziehern und –verkürzern im Stadtgebiet auf der Spur. Hinzu kommen noch 130 Groß- und Konzernprüfer für Unternehmen mit mehr als 5 Mio. € Jahresumsatz. Landesweit sind 3.555 Steuerprüfer unterwegs, um dem Fiskus und damit den Städten und Gemeinden in NRW die ihnen zustehenden Steuern zu beschaffen.

### Steuerbetrug gefährdet Grundpfeiler der Demokratie

Die Versuche, Steuern zu hinterziehen oder zu verkürzen, sind so alt wie es Steuereintreiber gibt. Für diesen kurzen Abriss mag es genügen: Forderte man früher Frohn- und Spanndienste oder den Zehnten als Naturalabgabe von der (fast ausschließlich) bäuerlichen Bevölkerung, kam allenfalls das „fahrende Volk“ („Lustig ist das Zigeunerleben, ....“) ungeschoren davon (einer der Gründe für deren Diskriminierung!). In den Städten sorgten die Zünfte und Gaffeln für ein kompliziertes, mit Privilegien versehenes Abgabensystem gegenüber dem Kämmerer und demjenigen, dem das Münzrecht zustand. In unseren Tagen defizitärer städtischer Haushalte sind die unredlichen, ja letztlich kriminellen Versuche, Steuern zu hinterziehen oder wenigstens zu verkürzen, zu einem wirtschafts- und staatspolitischen Geschwür vereitert, das in ein bösartiges Geschwulst zu wuchern längst begonnen hat. Unabweisbar sind die profitablen Leis-

tungen, die dem Fiskus zur Besteuerung vorenthalten werden: die Schattenwirtschaft als Massenphänomen. Wie die empirischen Untersuchungen des Linzer Volkswirtschaftlers Prof. Dr. Friedrich Schneider zeigen, macht diese dunkle und diffuse Ökonomie inzwischen 16,8 vom Hundert des Brutto-Inlandproduktes (BIP) aus, absolut 370 Mrd. € allein in 2003. Das heißt, jeder sechste Euro wird auch für die Stadtkasse zum Teuro. Bei einer bundesweit durchschnittlichen Steuerlastquote von 22 v.H. sind das immerhin 81,4 Mrd. € Steuerausfälle im Bundesgebiet. Auf Köln heruntergerechnet: 22 v.H. von [16,8 v.H. aus Kölner BIP 2001 rd. 97,425 Mrd. €] = 16,367 Mrd. € gleich 3,6 Mrd. €. Somit steht fest: in Köln hält die Schattenwirtschaft etwa 3,6 Mrd. € Steuern der öffentlichen Hand für ihren Finanzausgleich vor. Was das für die Gewerbesteuereinnahmen der Stadt bedeutet, lässt sich hier nur andeuten. Legt man nämlich die zuvor genannte Größe der Schattenwirtschaft (in Prozent vom BIP) zugrunde, so beziffert sich ein Gewerbesteuerverlust durch kriminelle Hinterziehung für die Stadt Köln in 2003 etwa von 16,8 v.H. aus 416 Mio. € (im Haushalt 2003 eingestellte Steuereinnahme) mit rund 70 Mio. €, 70 Mio. € Steuern, die allein in diesem Jahr dem städtischen Haushalt entzogen werden und das Jahres-Haushaltsdefizit von 55 Mio. € bei weitem sogar noch übersteigen!

Selbständige wie Unselbständige haben bei diesem Schattenspiel ein zu Null tendierendes Unrechtsbewusstsein, ja sie betrachten ihren Steuerbetrug als Kavaliersdelikt. Die Betrüger sind zu finden mit 38 v.H. in Baugewerbe und Handwerksbetrieben inkl. Reparaturwerkstätten, 17 v.H. in den Industriebetrieben, 17 v.H. bei Dienstleistern wie Hotels und Kneipen, 13 v.H. in der Unterhaltungs- und Vergnügungsbranche sowie 15 v.H. bei Nachhilfen, Frisören, Babysittern und Putzhilfen. Der Volkswirtschaftler Schneider stellt jüngst fest, dass „die vielleicht wichtigste negative Auswirkung, insbesondere bei einer stark steigenden Schattenwirtschaft, (jedoch) darin besteht, dass in zunehmendem Maße das Gemeinwohl (oder „bonum commune“) in Frage gestellt wird.“ Das führe, so mahnt er, „im Extremfall zum Zusammenbruch der Demokratie und ihrer Einrichtungen.“ Die kriminelle Energie ist beachtlich: in 2003 ist mit einer prognostizierten Steigerung um 5,6 v.H., die in etwa des Dreifachen der Erhöhung des BIP entspricht, zu rechnen. Köln droht ein „malum comune“. *Wolfgang Breuer*